

Ostbetriebe fürchten um ihre Akzeptanz - Schmidt gegen Kappung und Degression

Nachteile für die ostdeutsche Landwirtschaft durch das Erstarken der Grünen befürchtet Sachsens Landwirtschaftsminister Thomas Schmidt. Zwar sei man „geübt im Umgang“ mit grünen Landwirtschafts- und Umweltministern in den Ländern. Klar sei für ihn jedoch, „das Verständnis für die Belange der ostdeutschen Betriebe ist auf grüner Seite nicht sehr ausgeprägt“, sagt der CDU-Politiker im Interview. Er bekräftigt die Forderung nach einer fakultativen Regelung zu Kappung und Degression. In Deutschland seien sich „die allermeisten“ Bundesländer bewusst, dass eine solche Regelung nicht einseitig zu Lasten der neuen Länder gehen dürfe. Baldige Klarheit mahnt der Minister zur Übergangszeit bis zur neuen GAP an. Länderberichte 1

Kein Beschluss zur GAP unter rumänischem Vorsitz - Grund ist Unklarheit über Budget

Wie sich bereits abgezeichnet hatte, wird es unter der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft keinen Beschluss der EU-Landwirtschaftsminister zur allgemeinen Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 geben. Agrarkommissar Phil Hogan erklärte nach dem informellen Agrarrat in Bukarest, dass die Mehrheit der Ressortchefs erneut auf die noch ausstehende Einigung über die Höhe des zukünftigen EU-Agraretats verwiesen habe. Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens gab außerdem zu bedenken, dass Problemfelder wie die Entbürokratisierung der GAP und die gekoppelten Beihilfen noch ungelöst seien. EU-Nachrichten 1

Ermäßigter Steuersatz für Dürrepolicen kommt noch in diesem Jahr

Der ermäßigte Steuersatz für Dürreversicherungen dürfte schon bald Realität werden. Das Bundesfinanzministerium teilte gegenüber AGRA-EUROPE mit, dass noch in diesem Jahr das Risiko einer Dürre in den Anwendungsbereich des ermäßigten Steuersatzes von 0,03 % aufgenommen werden solle. Bisher gilt hierfür ein Steuersatz von 19 %. Im Bundesrat wurde unterdessen ein Entschließungsantrag der Länder Bayern und Baden-Württemberg mit der Forderung nach Prämienzuschüssen für Dürrepolicen gemäß österreichischem Vorbild in die Ausschüsse verwiesen. Der Landwirt soll demnach die Hälfte der Versicherungsprämie übernehmen, der Bund 30 % und das Land 20 %. Länderberichte 25

Ressorts weitgehend einig im Düngestreit

Die Position der Bundesregierung zur neuerlichen Änderung der Düngeverordnung zeichnet sich immer deutlicher ab. Die Staatssekretäre des Bundeslandwirtschafts- und des Bundesumweltministeriums, Dr. Hermann Onko Aeikens und Jochen Flasbarth, zeigten sich nach dem erneuten Düngegipfel mit Vertretern der Länder und von Verbänden sowie mit Parlamentariern der Koalitionsfraktionen zuversichtlich, dass man kurzfristig die noch verbliebenen offenen Punkte klären werde. Eine Beteiligung des Bundeskanzleramts werde dafür aller Voraussicht nicht benötigt, erklärten Aeikens und Flasbarth. Die Bundesregierung werde noch im Juni ihre Vorschläge in Brüssel vorlegen. Die beiden noch offenen Punkte beziehen sich den Angaben zufolge auf die Ausnahmen von der für die roten Gebiete vorgesehenen Verringerung der Düngung um 20 % gegenüber dem Pflanzenbedarf. Nicht mehr diskutiert wird hingegen darüber, dass dieser Abschlag im Schnitt der Flächen eines Betriebes gelten soll. Einig ist man sich auch darin, dass Dauergrünland von der Regelung ausgenommen werden soll. Der Deutsche Bauernverband blieb auch nach dem Treffen bei seiner Kritik an den Plänen der Bundesregierung. Eine Abkehr vom Prinzip der bedarfsgerechten Düngung sei weder fachlich zu begründen noch von der EU-Kommission gefordert, erklärte der DBV-Umweltbeauftragte Eberhard Hartelt. Grundsätzliche Kritik am Umgang in Deutschland mit den Brüsseler Forderungen für ein wirksames Düngerecht in den vergangenen Jahren hatte zuvor die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser geübt. Die CDU-Politikerin sprach von „gemeinschaftlichem Politik- und Lobbyversagen“. Länderberichte 29